

Wilsdruffer Tageblatt

Zeitungssprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ersteilung nach Maßgabe der Gewerbe- und Festgesetzungen vom 1. März 1894 für den folgenden Tag. Derzeitige Preis bei Bestellung monatlich 20, bei halbjährlicher Bestellung 100, bei jährlicher Bestellung 180, bei mehrjähriger Bestellung nach Vereinbarung. Die Postgebühren sind zu zahlen. Die Druckkosten sind ebenfalls zu zahlen. Im Falle einer Kündigung ist die Druckkosten für den abgelaufenen Teil zu zahlen. Die Druckkosten sind ebenfalls zu zahlen. Im Falle einer Kündigung ist die Druckkosten für den abgelaufenen Teil zu zahlen.



Ersteilung nach Maßgabe der Gewerbe- und Festgesetzungen vom 1. März 1894 für den folgenden Tag. Derzeitige Preis bei Bestellung monatlich 20, bei halbjährlicher Bestellung 100, bei jährlicher Bestellung 180, bei mehrjähriger Bestellung nach Vereinbarung. Die Postgebühren sind zu zahlen. Die Druckkosten sind ebenfalls zu zahlen. Im Falle einer Kündigung ist die Druckkosten für den abgelaufenen Teil zu zahlen.

Ersteilt seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Druck: Arthur Jahnke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Böttig, für den Inzeratenteil: Arthur Jahnke, beide in Wilsdruff.

Nr. 12

Sonnabend den 14. Januar 1922.

81. Jahrgang

Der Sieg der Reaktion in Frankreich.

Das Ministerium Briand gestürzt. Der Deutschensprecher Poincaré Nachfolger. — Schluß in Cannes.

Was will Briand in Paris?

Ein Zwischenspiel zur Konferenz von Cannes. Eine unerwartete und aufsehenerregende Wendung ist in Cannes eingetreten. Briand ist ganz plötzlich nach Paris abgereist, will dort an einer Kabinettsitzung teilnehmen und dann sofort nach Cannes zurückkehren. Was steht dahinter? Den Anlaß zu dieser Reise haben eine Masse von Telegrammen gegeben, mit denen Briand aus Paris bombardiert wurde, Telegramme, in denen der Senatspräsident Poincaré, der Kammerpräsident und viele andere politische Führer der großen Sorge Ausdruck gaben, daß Briand in Cannes irgend etwas von Frankreichs Rechten aufgeben könnte. Sogar der Präsident der Republik, Millerand, soll eine Depesche nach Cannes gerichtet haben, die mit folgenden Worten begonnen habe: „Nicht ohne Bedauern und Besorgnis...“ usw. Darin habe er die Befürchtung ausgesprochen, die jeder das Recht habe zu empfinden, wenn Frankreich sich auf einer internationalen Konferenz Deutschland gegenüber setzen solle. Diese „Stimmungsmomente“ haben Anlaß zu den weitestgehenden Vermutungen gegeben. Man spricht sogar davon, daß binnen kurzem

Briands Rücktritt bevorstehe. Er sei verärgert darüber, daß man ihm von Paris aus so enge Fesseln anlege. Es gibt aber auch Stimmen, die die Reise Briands als ein abgekartetes Spiel hinstellen. Die ganze Komödie der Beförderungstelegramme sei nur dazu da, um Briand in die Lage zu versetzen, in Cannes um so energischer auf den französischen Forderungen zu bestehen.

Briands Rechtfertigung vor der Kammer

Paris, 12. Jan. Briand führte in seiner Rede vor der Kammer aus, daß er die Anrede zerstreuen wolle, die im Lande wegen der Konferenz von Cannes herrsche. Diese Anrede sei durch tendenziöse und lügenhafte Informationen hervorgerufen. Der Ministerpräsident kam auf die Tagesordnung der Konferenz zu sprechen, die es sich zur Hauptaufgabe gemacht habe, den Weltfrieden auf eine sichere Grundlage zu stellen.

Dieser Weltfrieden könne nur durch die internationale Solidarität erreicht werden. Das Reparationsproblem werde durch die Wirtschaftskonferenz von Genua keineswegs behandelt werden. Kein Angriff auf den Versailler Vertrag werde erfolgen und Frankreich werde alle Sicherheiten behalten, die ihm zustünden. Auch von den Sowjetvertretern habe man erste Garantien bekommen. Die Konferenz von Genua dürfe daher keineswegs abgehalten werden, ohne daß Frankreich auf ihr vertreten werde. Briand legte sodann das Programm dieser Wirtschaftskonferenz dar, die ausschließlich wirtschaftlichen und finanziellen Charakter haben werde. Er verwies darauf, daß alle Länder, die nach Genua berufen worden sind, weitgehende Sicherheiten zugesprochen müßten, daß sie die Grenzen ihrer Nachbarn anerkennen und nicht verletzen wollen. Derartige Sicherheiten dürften von niemanden gering geachtet werden. Das zweite Problem, mit dem man sich in Cannes beschäftigen müsse, sei das der Reparationen. Als Briand nunmehr die Tätigkeit der Reparationskommission schildert, erregt seine Erklärung, daß innerhalb der Reparationskommission

Für die Gewährung eines Moratoriums an Deutschland eine Mehrheit

bestehe, auf zahlreichen Bänken eine große Erregung. Zahlreiche Zwischenrufe werden laut: „Was machen Sie mit dem Abkommen von London?“ Briand beschränkte sich darauf, zu erwidern: Im Schoße der Reparationskommission ist eine Majorität für das Moratorium und eine Abänderung der Deutschland auferlegten Zahlungsbedingungen vorhanden. Die französische Regierung habe sich diesem Moratorium widersetzt und Sicherheiten gefordert. Andere Delegierten und Sachverständigen in Cannes haben fruchtbare Arbeit geleistet. Frankreich werde keinen Centimes von dem, was ihm zusteht, verlieren. Es werde alles erhalten. England habe in der Reparationsfrage große Opfer gebracht. Es habe auch zugestimmt, daß das Wiesbadener Abkommen in Wirksamkeit gesetzt werde, obwohl es ursprünglich nicht gewillt war, dieses Abkommen zu ratifizieren. Briand führte weiter aus: Frankreich habe große Vorteile zu erwarten, wenn die Konferenz zu Cannes zu einem gedeihlichen Abschluß gelange. Werde sie aber abgebrochen, dann verliere Frankreich alle ihm zugesicherten Vorteile. Briand erinnerte dann an seine Unterhaltungen mit Lloyd George und schilderte, wie das

englisch-französische Abkommen zur Sprache kam. England habe keinerlei Bedingungen gestellt, die Frankreichs Sicherheit berühren könnten. Derartige Sicherheiten würde er, Briand, auch niemals angenommen haben. Es sei selbstverständlich, daß zwischen beiden Ländern gewisse Fragen in freundschaftlicher Weise geregelt werden müßten. Die Bedeutung dieses Abkommens liege in der Hauptsache darin, daß England sich verpflichtet habe, in dem Augenblick, in dem die Sicherheit Frankreichs bedroht sei, diesem zur Seite zu stehen. Briand kam dann zum Schluß seiner Ausführungen und erklärte, daß er nicht die notwendige Autorität besitze, die Besprechungen von Cannes fortzusetzen.

Unter allgemeiner Erregung des Hauses verläßt Briand, gefolgt von allen Ministern, den Saal.

Auf der linken erhebt sich stürmischer Beifall. Bei den Sozialisten werden Rufe laut: „Kammer auflösen! An das Land appellieren!“ Die Sitzung wird unterbrochen.

Der Rücktritt des Kabinetts.

Paris, 12. Jan. Nachdem Briand in der Kammer seine Erklärung abgegeben hatte, in der er seine Haltung in Cannes rechtfertigte, begab er sich ins Elysée, um die Demission des Ministeriums mitzuteilen. Der Präsident der Republik, Millerand, hat die Demission des Kabinetts angenommen.

Poincaré mit der Neubildung beauftragt.

Paris, 12. Jan. Am 8 Uhr wurde Poincaré zu Millerand berufen und mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt. Seine Kabinettsliste ist fertiggestellt. Man nimmt an, daß Poincaré das Außenministerium und das Finanzministerium übernehmen wird. Am 6 Uhr hat der Präsident der Republik den Kammerpräsidenten Peret empfangen.

Eine furchtbare Verantwortung.

Zürich, 13. Jan. (tu.) Zur Demission des Kabinetts Briand schreibt die „Neue Zürcher Zeitung“: Der Sturz Briands im jetzigen Augenblick bedeutet für die Völker Europas eine bittere Enttäuschung, eine Zerstückelung der Hoffnungen, die sie auf die Konferenz von Cannes gesetzt haben. Die Reaktion in Frankreich hat gesiegt. Alle Reformen Lloyd Georges sind in Frage gestellt. Frankreich nimmt vor Europa eine furchtbare Verantwortung auf sich, sehr es zu, daß seine Starrheit nicht zuletzt ihm selber zum Schaden gereicht.

Der Stand der Beratungen.

Die in Cannes über die Reparationsfrage geführt werden, wird in einer Pariser Meldung kurz folgendermaßen zusammengefaßt: Deutschland soll im Jahre 1922 in Gold 720 Millionen bezahlen und in natura 1450 Millionen Goldmark, von denen 950 an Frankreich kommen sollen. Nach dem verbesserten Abkommen vom 13. August soll Frankreich in Gold 140 Millionen Goldmark à conto seiner Okkupationslasten erhalten. Den Rest erhalte Belgien. Deutschland zahle also im Jahre 1922 mindestens 2200 Millionen Goldmark, das seien 700 Millionen weniger als der Londoner Zahlungsplan vorgesehen habe.

Androhung der ersten Zwangsmaßnahmen.

Cannes, 12. Jan. Den deutschen Delegierten wurde bereits mitgeteilt, daß die ersten Zwangsmaßnahmen für den Fall, daß Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkommen sollte, in der Aufhebung des zu bewilligenden Moratoriums bestehen würden. Eine weitere Strafmaßnahme würde darin bestehen, daß der Oberste Rat die Fortdauer des Zinsendienstes für die deutschen Renten verbieten würde.

Abreise der französischen Delegierten und Lloyd Georges.

Cannes, 12. Jan. Deutscherseits wird offiziell gemeldet: In der heutigen Nachmittagsitzung des Obersten Rates beendete Reichsminister a. D. Dr. Rathenau seine Ausführungen, in denen er besonders die von der Reichsregierung ins Auge gefassten Maßnahmen zur Beseitigung der finanziellen Schwierigkeiten darlegte. Während der Sitzung ging aus Paris die Nachricht vom Rücktritt Briands ein, worauf

Loucheur den Obersten Rat verließ.

Nach Beendigung der Ausführungen Dr. Rathenaus erklärte der Vorsitzende Lloyd George, daß angesichts des Fehlens einer alliierten Regierung die Beschluß- und Verhandlungsfähigkeit des Obersten Rates zweifelhaft sei. Die Frage müsse erst in einer internen Sitzung geklärt werden. Die Sitzung wurde darauf gegen 6 1/2 Uhr vertagt.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Rathenau gab in Cannes vor der Reparationskommission Erklärungen über die wirtschaftliche Lage und die Zahlungsfähigkeit Deutschlands ab.
- * Reichstag und Preussischer Landtag beginnen am 19. Januar wieder ihre Sitzungen.
- * Die Verhandlungen der Regierung mit den Eisenbahnarbeitern über die Lohnforderungen haben zu einer Einigung geführt; Einigung mit den Beamten steht bevor.
- * Der Parteitag der U. S. P. D. wurde in Leipzig geschlossen.
- * Briand hat die Konferenz von Cannes plötzlich verlassen, um in Paris im Ministerrat und in der Kammer über seine Politik zu berichten.
- * Lloyd George hat in einer langen Denkschrift den Franzosen ein militärisches Schutzbündnis unter Ausschaltung eines Angriffsbündnisses angeboten.

Der Sonderberichterstatter der Agence Havas meldet aus Cannes: Loucheur erklärte dem Chef der alliierten Delegationen, er besähe sich in der Notwendigkeit, Cannes heute abend zu verlassen. Trotz des Versuches von Lloyd George verharrete Loucheur dabei, abzureisen. Der Oberste Rat hat die Mitglieder der Reparationskommission angegliedert, um nach der Abreise Loucheurs die Verhandlungen mit den deutschen Vertretern fortsetzen zu können. Erst nach der Bildung des neuen französischen Kabinetts könne die Rede von einer Einberufung eines neuen Obersten Rates sein. Ein Teil der französischen Delegierten verläßt heute abend mit Minister Loucheur Cannes. Der Rest wird morgen abend abreisen. Lloyd George verläßt Cannes am Sonntag.

Rathenaus Erklärungen in Cannes.

Verhandlungen in der Reparationskommission. Zwar nicht vor dem Obersten Rat, sondern zunächst vor der ebenfalls in Cannes anwesenden Reparationskommission ist nunmehr der Führer der deutschen Abordnung, Dr. Rathenau, im Rahmen der Konferenz von Cannes zu Wort gekommen. Er gab dabei einzelne Darlegungen über die

wirtschaftliche und finanzielle Lage

Deutschlands, daß infolge seiner passiven Handelsbilanz genötigt sei, sich aus eigenen Mitteln zu ernähren. Er führte aus, Deutschlands Rohstoffe und Nahrungsmittel reichten nicht aus, um normal leben zu können. Es müsse deshalb für fünf Milliarden Rohstoffe und Lebensmittel einführen. Daraus entspreche für Deutschland ein jährliches Defizit von 750 Millionen. Die deutsche Ausfuhr, die 1913 zehn bis elf Milliarden Goldmark betragen habe, sei auf dreieinhalb bis vier Milliarden Goldmark herabgesunken. Deutschland könne das nur ändern, indem es seinen Verbrauch einschränke, was fast unmöglich sei, da Deutschland schon ein Minimum verbrauche. Auch eine Erhöhung der industriellen Erzeugung und der Ausfuhr sei unmöglich, da in den Zollschranken ein fast unüberwindliches Hindernis zu erblicken sei. Auch die landwirtschaftliche Erzeugung sei trotz großer Anstrengung in verhältnismäßig geringem Maße gesteigert worden. Die Lage Deutschlands könne sich nur verschlechtern, wenn es gezwungen werde, ungeheure Summen für die Reparationen zu zahlen. Gewiß weigere Deutschland sich nicht, die Reparationen zu zahlen, aber es habe große Schwierigkeiten, sich ausländische Devisen zu verschaffen. Auf die Frage,

was Deutschland 1922 zahlen könne,

erklärte Dr. Rathenau, er könne nicht antworten, bevor er wisse, welche Sachlieferungen dieses Jahr von Deutschland gefordert werden würden. Die deutsche Regierung sei bereit, in diesem Jahr das Defizit der Eisenbahn und der Post zu beseitigen. Es werde auch alles mögliche unternommen, um die Unterstüngen kräftig herabzusetzen, die für die Volksernährung aufgewendet würden. Eine wesentliche Erhöhung der Steuern auf die deutsche Kohle sei nicht möglich, da der deutsche Kohlenpreis schon fast den Weltmarktpreis erreicht habe. — Der Zeitpunkt der zweiten Verhandlung mit der deutschen Delegation wurde noch nicht festgesetzt.

200 Millionen Goldmark.

Nach anderen Meldungen soll Rathenau erklärt haben, zum 15. Januar und 15. Februar könne Deutschland nicht mehr als zusammen 200 Millionen Goldmark zahlen, und zwar in Raten von 80, 90 und 30 Millionen. Einige der Garantien, die die Alliierten für das Moratorium fordern, könne Deutschland annehmen.

Vertagung der weiteren Befragung Dr. Rathenaus. Cannes, 12. Jan. (Havas.) Die Reparationskommission ersuchte Dr. Rathenau heute, am Donnerstag, seine Ausführungen